

Erstausgabe
nachmittags 4 Uhr mit
Ausnahme der Tage nach Sonn-
und Feiertagen.
Abonnementpreis
monatl. 50 Pf., vierteljährl. 1.50 Mk.
Jahresabonnement bei freier Zustellung.
Durch die Post bezogen 1.65 Mk.
Verkaufpreis 6 Pf. 2 Bände VII.

Volksblatt

Inserationsgebühr
beträgt für die 4 gefaltene
Zeilen oder deren Raum 15 Pf.;
für Vereins- und Versammlungs-
anzeigen 10 Pf.
Inserate für die fünfte Nummer
müssen spätestens bis vormittags
10 Uhr in der Expedition aufge-
geben sein.

für Halle und den Saalkreis.

Organ zur Wahrung der Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Redaktion und Expedition: GeiBstraße 24, 2. Hof II.
Telegramm-Adresse: Volksblatt, Halle/Saale.

Nr. 191.

Halle a. S., Freitag den 14. November 1890.

L. Naumb.

Die „Germania“ über die Sozialdemokratie.

Es ist für Parteien ein zweifelhaftes Glück, Regierungspositionen zu sein oder zu werden. Was sie an äußerer Machtposition gewinnen, wird weit aufgewogen durch die Einbuße an innerer Kraft und Unbefangtheit des Urteils. Das hat sich in abgedrehtester Weise am Liberalismus gezeigt, welcher immer mehr der Entmannung anheimfiel, je mehr er sich als Regierungspartei zu entwickeln suchte. Das zeigt sich auch bereits sehr deutlich am Zentrum und zwar nicht bloß in seinem bekannten Votum über die Kolonial- und Militärvorlage, sondern auch in seiner Beurteilung der sozialdemokratischen Bewegung.

Als die Aute des Kulturkampfes noch über dem Zentrum schwebte, war es zwar weit entfernt, mit der Sozialdemokratie prinzipiell oder taktisch zu partieren, aber in seiner intelligenteren Pressevertretung begegnete er einer Auffassung, welche sich zu den rohen Expektorationen der heutigen Zentrumspresse — roh nicht bloß in der Ausdrucksweise, sondern auch in der Beurteilung — verhält, wie Intelligenz zu Stupidität.

Wir blättern füglich im Jahrgang 1877 des „Vorwärts“ und fanden zu unserem Erstaunen einen Artikel der „Germania“, des Hauptmonitors des Zentrums, reproduziert, dessen Auffassung um so zeitgemäßer sein dürfte, als gegenwärtig die Ultramontanen allenthalben Versammlungen zur Abwehr der sozialdemokratischen Propaganda in Szene setzen und die Sozialdemokratie als den leibhaftigen Teufel an die Wand malen. Der Artikel dürfte für unsere Propaganda gute Dienste leisten. Er lautet:

Grundlegend ist, namentlich in Deutschland, der weitverbreitete Irrtum, welcher Sozialdemokratie und Böbel identifiziert. Dieser Irrtum macht nicht nur jede gerechte und billige Beurteilung des Sozialdemokratismus unmöglich, sondern schließt auch die Möglichkeit aus, ihn mit denjenigen Waffen, mit welchen ihm beizukommen ist, zu bekämpfen. Es ist sehr merkwürdig, daß eine geistige Richtung, welche sich zwischen uns, in unserer unmittelbaren Nähe, in den Straßen, ja in den Häusern, die wir bewohnen, ausgebildet, die in öffentlichen Versammlungen und in Tagesblättern ihre Ziele verkündet hat, die bereits einen so bedeutenden Teil des Volkes beherrscht, daß sie allen übrigen politischen Richtungen zusammengenommen fast gleichberechtigt bei den Wahlen entgegengetreten ist, — daß

sie und ihr Wesen einer so durchaus falschen Auffassung unterliegen können, wie dies tatsächlich geschieht. Wäre in dieser Beziehung allein von dem Liberalismus die Rede, so würde die bei ihm beliebte Kampfesweise des Totschweigens und Entstellens alles ihm Mißliebigen die weit verbreitete Unwissenheit erklären; aber auch in anderen, ehrlichen Kreisen ist die gleiche Unkenntnis vorhanden. So schreibt z. B. die „Kreuzzeitung“ am Tage nach den Wahlen: „Nicht nur die Stimmenzahl, welche die Vertreter der Sozialdemokratie davongetragen haben, ist von Bedeutung. Es hat sich auch herausgestellt, daß diese Partei am besten organisiert war und in geistlichen Formen geräuschlos und sicher operierte. Ihre Agenten, teilweise in feiner Kleidung, mit Zylinderhut, hatten durchaus kein „Proletarier“-Aussehen, und alles war so in ihrer Hand, daß sie früher als andere die Zusammenstellung der Nachrichten aus den einzelnen Wahlbezirken beendet hatten und von dem Schlussergebnis unterrichtet waren.“

Es geht daraus hervor, daß die „Kreuzzeitung“ bis jetzt die Sozialdemokraten als einen ungeordneten Haufen zuchtloser, dem Geleze hochsprechender, in Lumpen gekleideter Menschen vorgestellt hat, und die Konsequenz einer solchen Vorstellung konnte denn auch nur eine mitleidige Verachtung sein. In gleicher Unwissenheit befand sich wohl Lasker, wemgleich schon von einer Ahnung der Wahrheit durchzogen, als er sich erbot, die Sozialdemokraten mit Knütteln totzuschlagen und auch der berühmte Staatsmann wußte offenbar nicht, mit welchen Gegnern er zu thun hatte, als er in bezug auf die Sozialdemokraten erklärte: „Die laß ich einfach totschiefen.“ Hunderttausende oder richtiger Millionen lassen sich nicht einfach totschiefen und noch weniger von Lasker-Simon mit dem Knüttel erschlagen; sie lassen sich überhaupt nicht von einer lediglich materiellen Gewalt niederwerfen, sondern es müssen zu ihrer Ueberwindung Waffen anderer Art in Anwendung kommen. Männer, die sich für eine Idee zusammenschließen und erhoben haben, können siegreich nur mit geistigen Waffen bekämpft werden.

Vor allen Dingen hat die sozialdemokratische Partei mit dem „Böbel“ nicht mehr gemein als die „Liberalen“; wahrscheinlich werden sie sogar behaupten, daß eine solche Gemeinschaft bei ihnen noch geringer sei. Nichtsthuher, Bettler, Säufer, Schläger oder wohl gar Verbrecher gegen das Eigentum sind unter den Sozialdemokraten nicht in größerer Zahl vorhanden als unter den Anhängern anderer politischer Richtungen. Sie

sind nicht der „Abgamb des Volkes“, sie sind nicht Lumpen und Taugenfische, nicht Petrolröhr und Brandstifter, nicht Kommunisten, die sich gleich den Grundrindern mit fremdem Eigentum bereichern wollen. Es sind Männer, zumeist aber nicht ausschließlich aus dem Arbeiterstande, unter intelligenten, zum Teil hochbegabten Führern, alle tief, ja leidenschaftlich dem Druck verkehrter gesellschaftlicher Verhältnisse empfindend und entschlossen, alle ihre Kraft einzusetzen, um die Gesellschaft auf gerechteren Grundlagen neu aufzubauen.

Was mit dem „Böbel“ zusammenhängt, hat keinen Zusammenhang mit der Sozialdemokratie. Wer die Versammlungen der letzteren besucht, muß sich davon überzeugen. Die sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter sind, wie ihre Arbeitgeber bestätigen, fleißig und nüchtern. Sie hören mit begieriger Ohren die Lehren ihrer (falschen) Apostel und lesen eifrig die (falschen) Evangelien ihrer zahlreichen Parteiblätter. Sie sind ein an sich durchaus achtungswerthes Element, nur in einem grundsätzlichen Irrtum befangen.

Ebenso haben Kommunismus (im extremen Sinne) und Sozialdemokratismus nichts mit einander gemein. Nicht den unvernünftigen Gedanken einer Teilung des vorhandenen Eigentums oder der Abjähigung des Eigentums überhaupt verfolgen die Sozialdemokraten, sondern sie wollen der Ausbeutung vieler durch Einzelne vorbeugen, und zwar durch Einrichtungen, welche Alle die gleichen Vorteile bieten.

Auch ist es unrecht, was nur zu oft ohne die geringste Nachforschung geschieht, die Greuelthaten, welche in Paris unter der Herrschaft der Kommune verübt sind, den Sozialdemokraten in die Schuhe zu schieben. Nicht der geringste Beweis ist geliefert worden, daß diese Unthaten von der Kommune ausgegangen sind. Um nicht zu weit abzuweichen, soll nur darauf verwiesen werden, daß die Kommune und ihre Anhänger monatelang die Bank von Frankreich mit allen ihren Beständen und sehr viele andere Geldinstitute in ihrer Gewalt hatten und nicht einen Heller aus denselben entnahmen; ferner, daß für die Verbrechen des durch die Abwesenheit jeder geordneten Gewalt entfesselten wirklichen Böbels nicht eine Quasi-Dringheit, welche kaum über irgendwelche Nachmittage zu gebieten hatte, und noch weniger eine hinter ihr stehende Partei verantwortlich gemacht werden könne.

Also die „Germania“, der offizielle Monitor des Zentrums im Jahre 1877.
Herr Windthorst, der schwarze Molke, hat durch

3] Verloren!

Aus den Papieren eines Rechtsanwaltes.
Von Casimir Raneman.

[Nachdruck verboten.]

„Ha, ha!“ lachte einer dazwischen. „Es ist kein Wunder, Rodensfels, wenn Du gegen das Raufen und Zanzen der Leutchen Dich steiffest. Bei den Eltern lebst Du wie im Himmel, wie? Dort gab's keine Gänkel und keine Bajonette?“
Ein schneidender Hohn lag in diesen Worten, wie in dem Gebardenpiel des Sträflings, der mit einem heiseren Lachen zu den andern sich wandte, als erwarde er Beifall von ihnen.

„Bab!“ ließ sich ein zweiter hören, ein stämmiger, breitschultriger Kerl, und strich dabei seinen Bart. „Unser Gerhard ist halt ein bißchen verwöhnt, wie jedes Herrchen!“

„Ein Herrchen! Und dennoch ist er in unsere Gesellschaft geraten!“

„Und läßt sich die rohe Sträflingskost gut schmecken!“

„Bist uns auch ganz tüchtig die Zellen und Korridore wuzen!“

„Aber Mama und Papa haben das Söhnlein im Stich gelassen und kommen nicht zu Besuch!“

„Da, ha, ha, ha!“

In diesem Tone ging's eine Weile durcheinander und wiederholtes Gelächter belohnte jeweilen den, der eine

recht zynische Bemerkung zu machen wußte. Ich sah, wie über Stirn und Wangen Rodensfels eine dunkle Röte flog und wie seine Augen sprühten, während ein krampfhaftes, bitteres Zucken um seine Mundwinkel spielte. Es wahrte indes nur kurze Zeit, da machte dieser Ausdruck schon wieder einem sanfteren, fast scherzhaften, dennoch aber energischen Platz. Er legte den Köpfe, den er nur wenige Male an den Mund geführt, kopfschüttelnd beiseite und hob in leichem, vorwurfsvollem Tone an:

„Wie albern ist doch Euer Gerede und wie nichts-würdig dabei. Wenn Ihr wüßtet, wie das tönt, Ihr würdet Euren Mund nicht einmal aufthun. Vor allem hütet Euch in Zukunft, meinen Eltern mit Euren Jungen zu nahe zu treten. Erlaubt sich noch einmal ein, in dieser Weise an meinen Vater oder meine Mutter anzuspüren, dann wehe ihm! Ich will ihm die Luft dazu schon so vertreiben, daß er meiner noch lange gedenken wird. Also, es soll heut' das letzte Mal gewesen sein!“

Einige Sträflinge wechselten stumme Blicke; man konnte sehen, wie das Gelächter, daß sie für solche Verweise stets bereit hatten, ihnen auf den Lippen erstarrte. Absehwand setzten sie ihre Majestät fort. Keiner unterbrach Rodensfels. Das seltsame Beben, das noch eben in seiner Stimme die innere Erregung verraten, mit welcher er zu kämpfen hatte, war schon wieder dem sichern, fast scherzhaften Tone gewichen, als er fortfuhr:

„In einer Hinsicht habt Ihr doch Recht. Ich stamme aus einer reichen Familie und bin doch unter Euch geraten. Ist das aber ein Grund, mich zu verspotten, mich mit Euren zynischen Gerede zu peinigen? Kennt Ihr die Welt denn nicht? O, sie ist ein Schaufelbrett, das in der Luft balanciert. Bald schwingt sich der Mensch, der das Brett betreten hat, in die Höhe, bald sinkt er wieder hinab in die Tiefe. Stehen bleiben kann er nicht, er muß mit dem Schaufelbrett auf- oder niedersteigen. Nur ein Wand ist ihm gegeben, daran er sich mit den Händen halten kann, daß er seinen Kopf nicht am Schaufelbrett verliert oder gar hinunterpurzelt. Die ganze Kunst liegt darin, daß er das Wand fest in der Hand hält. Kann er das, dann ist er glücklich, festigt ihm die Kraft dazu oder vertiert er sie, wenn ein kräftiger Wind sein Spiel mit dem Schaufelbrett zu treiben beginnt, so fliegt er eben wie ein Spielball hinunter, wo es nur selten ein Wieder-aufstehen giebt, da sich die meisten beim Fallen das Genick brechen.“

„Hört, hört, nun philosophiert er wieder!“ lachte abermals der robuste, rüchichtslohe Kumpan.

„Bab' ihn reden, Lorenz!“ fiel ihm Magdalene ein, ein kleines, hageres Weib, an welchem die schreckliche zehrende Krankheit zu nagen schien, von der sich keine, das von ihr ergriffen wird, je zu retten vermag. „Bab' ihn reden!“ sagte sie, an allen Gliedern schlotternd, mit jener seltsam weichen, hohlen, tiefen Stimme, die eben solchen Kranken eigen ist, und auf ihrem einge-

seine Schacher- und Drehelbepolitik manche Siege für das Zentrum erschufen, aber dessen Intelligenz in der Beurteilung der größten Bewegung des Jahrhunderts hat er keineswegs gefördert; ganz im Gegenteil. Auch die ultramontanen Gegner haben in den verflochtenen zwölf Jahren nicht nur nichts gelernt, sondern auch viel vergessen.

(Eho.)

Die Aufgaben des preussischen Landtags

Seit Jahren ist das Bedürfnis einer durchgreifenden Verbesserung des Systems der direkten Steuern immer dringender hervorgetreten. Bedarfs einer planmäßigen Durchführung dieses zur Befriedigung der finanziellen Grundlagen der Staatsverwaltung, sowie im Interesse einer gerechteren Verteilung der Staatslasten gleichmäßig gebotener werden Ihnen alsbald die gesamten direkten Steuern beherrschende Gesetzgebung vorgelegt werden, deren innerer Zusammenhang Ihnen die Berücksichtigung wesentlich erleichtern wird. Der Gesetzentwurf über die Einkommensteuer soll die bestehende Klassensteuer und die klassifizierte Einkommensteuer zu einer einheitlichen Steuer vereinigen, die Steuerpflicht zweifachig gestaltet und durch Einführung der Deklarationspflicht, sowie durch die anderweitige Organisation der Einschätzungsbehörden und des Verfahrens eine sicherere und der Billigkeit mehr entsprechende Veranlagung des steuerpflichtigen Einkommens herbeiführt. Die Ausdehnung der Erbstatistiksteuer durch eine mögliche Befreiung der Erbschaften der Verwandten in aufsteigender Linie und der Ehegatten unter Freilassung der kleinen Erbschaften, wird die treffende Besteuerung des Einkommens wesentlich erleichtern und zugleich eine verhältnismäßig stärkere Heranziehung des hundertsten Vermögens herbeiführen. Die im wesentlichen noch auf dem Gesetz vom 30. Mai 1820 beruhende, den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht mehr entsprechende Besteuerung der gewerblichen Betriebe soll durch einen Gesetzentwurf über die Gewerbesteuer, welcher den Betriebsertrag selbst, ohne Rücksicht auf die Betriebsarten und örtliche Einteilung zu erfassen bestimmt ist, einer völligen Umgestaltung unterworfen werden. Eine Erhöhung des Gesamteinkommens aus der Gewerbesteuer einschließlicher der besonderen Besteuerung des Handgewerbes ist dabei nicht beabsichtigt.

Das Ziel dieser Gesetzentwürfe ist eine gerechtere und gleichmäßigere Veranlagung der direkten Steuern und im Zusammenhang damit eine verhältnismäßige Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen und gewerblichen Betriebe. Der Stand der Staatsfinanzen erfordert eine unumkehrbare Vermehrung der Staatseinnahmen nicht, ebenso wenig gestattet aber die auf allen Gebieten anwachsenden Anforderungen an die Hilfsmittel des Staats eine Verminderung der festen und sicheren Einnahmen desselben. Die Ergebnisse des letztabgeschlossenen Rechnungsjahres sind zwar wesentlich günstiger, als bei dem vorangehenden angenommen wurde, jedoch erhebliche Minderungen zur Vermehrung der Staatseinnahmen vorhanden werden könnten. Auch im laufenden Jahre darf nach den bisherigen Erfahrungen ein, wenn auch nicht in gleichem Maße betriebiger Rechnungserfolg erwartet werden. Die Befreiung des Staatsausfalls für das nächste Jahr, welcher gegenwärtig wegen der noch ausstehenden Feststellung des Reichsausfallstatistats Ihnen noch nicht vorgelegt werden kann, wird jedoch die Unzulänglichkeit eines Verzichtes auf die bisherigen Staatseinnahmen ohne entsprechenden Ersatz darstellen. Der nach dem Abschluss der ersten Veranlagung der direkten Steuern auf der neuen Grundlage aufkommende Mehrertrag soll indes schon jetzt durch eine ausdrückliche Gesetzesvorschrift ausschließlich zu weiteren Entlastungen, insbesondere der Kommunalverbände, mittels Ueberweisung von Grund- und Gebäudesteuer bestimmt werden, soweit darüber nicht der Staatsausfall anderweitig Verfügung trifft. Ich hoffe, daß hierdurch das Gelingen einer Reform wesentlich gefördert werden wird, welche berechtigten Klagen abzuwehren und die Zufriedenheit der Bevölkerung zu befähigen geeignet ist. Der Entwurf eines Gesetzes betr. die öffentlichen Volksschulen, welcher Ihnen zur Ausführung der Vorschriften der Verfassung vorgelegt werden wird, soll der Volksschule auf dem Boden der Gemeindeverwaltung eine sichere Grundlage gewähren, eine gerechtere Verteilung der Volksschulkosten herbeiführen, die durch die Verlegung der letzten Jahre angebahnte Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts zum Abschluss bringen und dem Lehrerstande den Bezug eines festen, den örtlichen Verhältnissen angepaßten Dienstverhältnisses gewährleisten. Zur Sicherung des Wohlstandes in den neuen Verhältnissen wird Ihnen vorgeschlagen, die Beiträge des Staates

zu dem Dienstverhältnis, den Unterrichtskosten und dem Gehalt der Volksschullehrer zu erhöhen, auch sollen besondere Mittel bereit gestellt werden, um die Gemeinden bei der Aufbringung der Schulschulden zu unterstützen.

Im dem Bedürfnis einer gesetzlichen Regelung der Bandgemeindevorfassung, welches vorzugsweise in den östlichen Provinzen der Monarchie hervorgetreten ist, Absicht zu schaffen, wird Ihnen der Entwurf einer Bandgemeindevorfassung für diesen Landesteil vorgelegt werden. Derselbe soll einerseits die zur Zeit geltenden gesetzlichen Vorschriften, welche sich in mehrfacher Hinsicht als unzureichend erweisen lassen, in angemessener Weise ergänzen und andererseits zum einen, diejenigen Veränderungen auf dem Gebiete des ländlichen Gemeindevorfassungsrechts, welche durch die Gestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse bedingt werden, unter thunlichster Schonung des bestehenden Rechtszustandes und unter Aufrechterhaltung benötigter Einrichtungen herbeiführen, und in den Gemeinden ein reges kommunales Leben zu fördern hierdurch werden zugleich die Erfüllung der den Gemeinden obliegenden öffentlichen rechtlichen Aufgaben gesichert, die Verteilung der Gemeindefinanzlasten angemessen geregelt und für die besten leistungsfähigen Träger geschaffen werden.

Im Hinblick an den Volkshochschulgesetzentwurf ist eine Regelung der Verhältnisse der mittleren Schulen in Aussicht genommen, bei welchen namentlich die Pensionatsverhältnisse der Lehrer der festen Grundlage bittet. Die Neuordnung der Zahlung der Witwen- und Waisengelder, wie sie der Volkshochschulgesetzentwurf vorsieht, werden zu einer Schließung der nach den Gesetzen von 1869 und 1881 eingerichteten Witwen- und Waisenkassen für Elementarlehrer führen. Hierüber wird Ihnen eine besondere Vorlage ausgehen.

Nachdem eine gemeinsame Regelung der Wegebauverhältnisse in den sämtlichen alten Provinzen als nicht den Verhältnissen entsprechend anerkannt worden, empfiehlt es sich, mit einer der Gegenwart entsprechenden Neuordnung des Wegensetz in nach den hervortretenden Bedürfnissen provinziell vorgehen. Zunächst ist in der Provinz Sachsen das Bedürfnis zur Neuordnung des vielfach veralteten unzureichenden Wegrechtes hervorgetreten und es liegt in der Absicht, Ihnen den Entwurf einer Wegeordnung für diese Provinz nach Begutachtung durch den Provinzial-Landtag vorzulegen. Auch in diesem Jahre wird Ihnen ein Gesetzentwurf zum Zwecke der Erweiterung sowie Vervollständigung einer besseren Ausführung des Staatseisenbahngesetzes, dem wachsenden Verkehrsinteresse entsprechend, ausgehen.

Die Entwicklung der Arbeiterverhältnisse, welche gegenwärtig den Gegenstand der Beratungen des Reichstages bildet, nimmt fortgesetzt die volle Aufmerksamkeit Ihrer Regierung in Anspruch. Um die Gewerbeverwaltung in den Stand zu setzen, den an sie gestellten Anforderungen auf diesem Gebiete zu entsprechen, hat sich eine erhebliche Vermehrung der Aufsichtsbeamten in Verbindung mit einer Neuordnung der Gewerbeinspektionen als notwendig erweisen. Mit der Durchführung dieser Maßregel, welche mehrere Jahre in Anspruch nehmen wird, soll in dem bevorstehenden Rechnungsjahre begonnen werden. Die dazu erforderlichen Mittel werden in den Etat eingestellt werden.

Was die Vorlegung des Entwurfs einer Städteordnung für den Regierungsbezirk Wiesbaden und von Gesetzentwürfen wegen Erhöhung des höchsten Bezuges der Hundesteuer und wegen Uebertragung einzelner Bestimmungen über die Wahlen von Stadtvorständen betrifft, so wird den in den Landtage der vorjährigen Session kundgegebenen Wünschen entsprochen werden.

Den Schluß bilden Versicherungen über die friedliche politische Lage. Neues ist aus der Thronrede nicht herauszufinden, nur das läßt sich mit einiger Sicherheit sagen, daß die Steuerisraube wieder bedeutend angezogen werden wird.

Vollstichtige Ueberfahrt.

Der Präsident des Reichstages, Herr v. Levetzow hat an die Reichsboten ein Schreiben erlassen, in welchem dieselben benachrichtigt werden, daß infolge des Mangels entsprechenden Beratungsmaterials sowie mit Rücksicht auf die Arbeiten der Arbeiterschutzkommission des Reichstages voraussichtlich in der Zeit vom 25.—27. November, spätestens am 2. Dezember eröffnet werden wird.

„Freilich, freilich! auch wir haben schon gute Lage gehabt,“ hörte man, von Seufzern begleitet, rufen.

„Du, Lorenz,“ wandte sich Gerhard an einen der Sträflinge, „Du warst zum Beispiel einmal Jäger. Erinnerst Du Dich noch daran, wie Du den Forst durchstreichst, die Büsche an der Schulter? Da lachte Dir die Sonne aus dem Laube ihren goldstrahlenden Gruß zu, da rauschten die Birken und die Bäume zwitscherten so munter und über Dir im Geiste hüpfen die Lichttäpchen herum und der Knacker rief in den lachenden Frühling hinaus und Du glaubtest, er prophezeie Dir viel Geld und Glück für die Zukunft! Und nun bist Du statt in dem herrlichen Wald hier in diesem düstern Hofraum; frage Dein Herz, ob es je wieder so geschlagen, wie damals, und Du wirst einsehen, daß man nie einen Ungefährlichen ausspotten soll, wenn ihn das Schicksal, das Schaulbrett, von der Höhe in die Tiefe geworfen!“

Der ehemalige Jäger hörte diese Worte mit Unwillen und schwer verhaltenem Grinsen an. — deutlich sah man, wie er während der Rede Kobdens aufbrauen wollte, aber der Mund versagte ihm den Dienst, die unheimliche Stille seiner Augen erlösch, seine finstere Stirn unwillkürlich tiefe Schatten und das Haupt auf die Brust senkenden, versiel er allmählich in ein düsteres Brüten, indes Kobdens sich an einen anderen Sträflinge richtete.

„Georg, sag Du uns einmal, ging es Dir schlecht als Kammerdiener beim Grafen? Kannst Du je

„Berliner Volksblatt“: Das Archiv für Gesetzgebung und Statistik“ veröffentlicht in seinem so eben erschienenen Doppelhefte — wir folgen hier, da uns das Heft noch nicht zugegangen ist, der „Volksigen Zeitung“ — zwei auf die gegenwärtig dem Reichstage vorliegende Gewerbe- und Arbeiterverhältnisse bezügliche Aufsätze. Der erste rührt von dem Münchener Dozenten Dr. Theodor Löwenfeld her und behandelt Kontraktbruch und Koalitionsrecht. Wir entnehmen diesem gebiegenen Aufsätze folgende Schlussworte:

„Es dürfte keinem Zweifel unterliegen, daß der Arbeitgeberverstoß der Novelle in einem schädlichen Widerspruch zur positiven Sozialpolitik steht, welche die Novelle in ihren Bestimmungen über Arbeiterrecht inquirieren will. Vor allem aber verleiht der Entwurf eine und zwar die erste Aufgabe des Gesetzgebers. Der Gesetzgeber soll nicht über den Willen thronen, aber er soll auf einer höheren Warte stehen als auf der Jinne der Partei. Wie vor seinem Wert, dem Gesetz, alle gleich sein sollen, so soll sein Wert auch selbst für alle gleich sein, nicht bloß im äußerlichen Wort, sondern nach der inneren gleichmäßigen Gerechtigkeit. Wo die Schuld des Eines, des Mächtigen und des Reichen, straflos bleibt oder nur gering geahndet wird, die Schuld des Schwachen und Armen über alles Maß hinaus; wo den Mächtigen gestattet wird, straflos gerade dasjenige Recht unter den Fuß zu treten, das zum Schutze der Schwachen gegen sie bestimmt ist, während jedes Hinanzgehen der letzteren über die Rechtsausübung strenger als gemeine Verbrechen bestraft wird; da können wir jene erste Aufgabe des Gesetzgebers nicht erfüllt sehen. Wir können dies um so weniger, wenn das Recht, welches in so mangelhafter und partieller Weise geschützt wird, derjenigen Aufgabe dienen soll, welche derselbe Gesetzgeber als eine der höchsten und notwendigsten Pflichten des Staats und der Gesellschaft betrachtet.“

Der zweite Aufsatz rührt von dem (durch seine treffliche Arbeit über die Mülhauer Fabrikzustände rühmlich bekannten) Freiburger Professor Heinrich Hertner her und behandelt den Entwurf des Gesetzes über die Abänderung der Gewerbeordnung sehr ausführlich unter sachlicher Beurteilung der Anträge und Auslassungen der Parteien. Gerade gegenwärtig, da die Kommission des Reichstages ihre Arbeiten wieder aufgenommen hat, kommt dieser Aufsatz höchst zeitgemäß. Auch Hertner ist besonders an den Bestimmungen über den Kontraktbruch wie an jener ganzen Reihe von Vorschriften, welche man als „Arbeitertrug“ bezeichnet hat, scharfe Kritik und meint gegenüber den draconischen Strafbestimmungen gegen Arbeiter, zum Glück seine von der Unannehmlichkeit dieser Vorschläge so ziemlich der ganze Reichstag mit Ausnahme der äußersten Rechten durchdrungen zu sein. Er erinnert an Schmöllers Bemerkung, die ganze Bewegung für Kontraktbruchstrafe sei eine vorübergehende reaktionäre Philisterstimmung, die eigentlich am liebsten die ganze Freizügigkeit und Koalitionsfreiheit wieder beseitigen würde, und er schließt mit folgenden Worten:

„Nicht durch Strafsparagrafen wird die Arbeiterbewegung in ein ruhiges gesetzliches Fahrwasser gelenkt. Wie uns die Erfahrung deutlich lehrt, vermag nur die Ausbildung tüchtiger Arbeiterorganisationen Ausschreitungen, sei es nun, daß sie im Bruch des Arbeitsvertrages, sei es, daß sie in Drohungen, förmlichen Zwang u. s. w. befähigen, endgültig zu bannen. Die Aufgabe einer von großen Gesichtspunkten getragenen und nach friedlicher Lösung der sozialen Frage

„Hunger und Kälte? Ober war vielleicht die Arbeit zu schwer, haben Dich Sorgen gebrückt? Deine ganze Pflicht bestand ja nur darin, Deinen Herrn auf seinen Ausflügen und Jagden zu begleiten. Du verstiebst Du auf den Gedanken, zu heiraten. Und Du bauest für Dich und Deine schöne Braut, die Anetta, eine Hütte im Dorf und der Graf gab Euch einen Garten dazu. Schon hastest Du die Wohnung ausgefattet, den Garten geschmückt und alles war hübsch und Ihr konntet glücklich werden. Da, in einer unglückseligen Stunde, hatte Dich plötzlich die Schatulle des Grafen gebendet.“

Georg, der Kammerdiener, fuhr erregt auf: „Ach Herr, Ihr habt mich am Hofe des Grafen gelammt und auch Anetta dort gehalten. Wie hätte damals ein Mensch denken können, daß ich in einem Zuchthaus enden werde?“

„Ja, lieber Freund, und wie bin ich in ein Zuchthaus geraten? Hättest Du es damals von mir gehacht?“

Der alte Diener gestikuliert mit seinen Armen, zu Boden starrend und mit sich selbst sprechend. Dann schaute er zu dem Zungen auf, den er — der alte Diener des Grafen lebte wieder in ihm — unwillkürlich mit „Herr“ angesprochen hatte. In seinem Blicke malte sich ein Mißtrauen, vereint mit bitterer Nüchternheit und tiefem Mitleid.

(Fortsetzung folgt.)

... dass man die Entzweiung von Handverändern der Arbeiter fördert und ihnen die notwendigen gesetzlichen Grundlagen für eine geistliche Entfaltung gewährt. Das die vorliegende Revolle noch nicht entfernt alles das enthält, was durch die kaiserlichen Erlasse in Aussicht gestellt worden ist, bedarf wohl keines weiteren Nachweises. Hoffentlich sind die weiteren Entwürfe zur Ausführung des kaiserlichen Programms, die wir noch zu erwarten haben, bereits durchaus frei von dem unseligen Zwielpalte, der den vorliegenden Entwurf beherrschte, und atmen durchaus den Geist einer großen neuen Zeit."

— Redakteur **Boschardt** vom freimüthigen „Goth. Tagbl.“, welcher wegen Verleumdung des Fürsten von Bulgarien angeklagt war, ist vom Landgericht Gotha außer Verfolgung gesetzt.

— Die aufgeregten Kriegervereine. Die „Freie. Bl.“ schreibt: „Der Kriegerverein zu Rächfeld bestatete einen Kameraden in Schwelm, indes ohne Mitführung von Gewehren. Der Antmann von Langerfeld hatte auf Ergehen den Durchzug durch seinen Nachbereich in geschlossenem Zuge gestattet. Auf der Rückkehr von dem Begräbnis hielt es der Verein für seine althergebrachte Pflicht, in Langerfeld im Felde gefallenen Kriegern sein Andenken zu bezeugen durch dreimaligen Umzug um das dortige Kriegerdenkmal. Darin sah der Antmann von Langerfeld seine Autorität erschüttert, weil für diesen Umzug um das Kriegerdenkmal nicht noch besonders ein Erlaubnis gegeben sei. Der Kriegerverein müsse ihn darum noch besonders um Entschuldigun bitten. Dies lehnte der Kriegerverein ab, als mit dem alten Herkommen im Widerspruch stehend. Darauf veranlaßte der Antmann die Bestrafung von 29 Mitgliedern des Kriegervereins, und zwar des Kommandierenden zu 15 M., der übrigen zu 3 M. Die Strafkammer zu Jagen hat dies Erkenntnis bestätigt, trotzdem Rechtsanwält Lenzmann ausführt, daß solch ein Aufzug unmöglich unter das Vereingeseß gebracht werden könne. Wie die Sache aber auch formell liegen mag, wird denn die öffentliche Ordnung und Sicherheit von Langerfeld berührt durch eine Respektbezeugung vor gefallenen Kriegern gefährdet, daß man deshalb 29 Personen vor Gericht stellen muß? In den betreffenden Kreisen erregt dies mehr Vergernis, wie Herr Rechtsanwält Lenzmann in der Verteidigung ausführt, als manche sonstige einschneidenden Maßnahmen der Regierung. Ein derartiges Vorgehen sei geeignet, Sozialdemokraten in dortiger Gegend in künstlicher Weise zu züchten.“ — Nach unserer Ansicht ist der Antmann in seinem Rechte, wir meinen aber, daß es mit dem Patriotismus des Kriegervereins ziemlich windig aussehn muß, wenn sie sich wegen einer solchen Kleinigkeit zu Sozialdemokraten verwandeln sollten!

Lokales.

Salle, 13. November.

— Genosse **Rette** teilt uns mit, daß in der am 11. November stattgefundenen Mitgliederversammlung des Vereins der Krieger von 1866, in welcher über seinen Ausschluss verhandelt wurde, insofern ein gütlicher Ausgleich zu stande kam, als er sich zum Austritt aus dem Verein bereit erklärte, wogegen sich der Verein zur Rückzahlung der eingezahlten Beiträge, welche das anfängliche Summen von über 100 M. betragen, verpflichtet. Rette ist bereits im Besitze der Summe und hat sich vom Kriegerverein losgesagt. Damit hätte die Sache einen befriedigenden und namentlich dem Kriegerverein zur Ehre gereichenden Abluß gefunden. Andere Kriegervereine könnten sich dies Beispiel als Muster nehmen, wenn sie die Sozialdemokraten, die jeder Kriegerverein hat, zwar ausschließen, aber die gestellten Beiträge ruhig in der Tasche behalten will. — **Verhaftung.** Seit längerer Zeit schon schwirrte durch unsere Stadt das Gerücht, daß gegen einen hiesigen Badeanstaltsbesitzer Th. die gerichtliche Unterung wegen Unzuchtvergehens schwebt. Wie wir jetzt hören, ist der Betreffende schon seit einiger Zeit in Untersuchungshaft genommen worden. — **Der Gedächtnistag der Turnvereine** geht, wie alljährlich, auch in diesem Jahre, einen größeren Unterhaltungsabend zu veranlassen und zwar am Sonntag, den 16. Nbr. in der „Saalshausbauvereine“. In anbracht des reichhaltigen Programms sowie des guten Zweckes (zur Gründung eines Saalshausbauvereins), wünschen wir dem noch vom 14. Oantunft her in guter Erinnerung stehenden Verein ein volles Gaus.

Arbeiterbewegung.

— In der am 11. d. M. abgehaltenen Sitzung der General-Kommission der Arbeiter aller Berufs, in der 29 Vertrauensmänner anwesend waren, hielt der Gen. Wittig einen Vortrag über das Gesetz betreffend die Gewerbegerichte vom 29. Juli 1890. Er sagt: Durch die stetig sich mehrende geistige Entwidlung und zunehmende Intelligenz der Arbeiter regt sich auch bei diesen das Bestreben, nach Möglichkeit ihre Interessen selbst zu vertreten. Auch erscholl der Ruf der Arbeiter seit lange schon für Einsetzung von gewerblichen Schiedsgerichten, die aus sachverständigen Personen zusammengesetzt, das Verfahren beschleunigen und billiger gestalten, als es bisher der Fall war. Die Ränfte während des Mittelalters erkannten schon den Wert der Gewerbegerichte. konnten ihn ausnützen und hatten es in erheblichem Umfang. Mit dem Verfall der Ränfte aber verschwindet auch die gewerbliche Gerichtsbarkeit. In Frankreich ging man neuerdings auf diesem Gebiete zurück vor. Am 18. März 1806 erging das erste diebeständige Dekret, wegen Errichtung eines Rates der Gewerbehandigen zu Lyon“ in vier Teilen mit 35 Artikel, welches zunächst für diese Stadt einen Rat für die Gewerbehandigen einrichtete. Dieses System wurde aber nach und nach weiter ausgebaut. Nach 1806 (nach der französischen Besitzergreifung) veranfaßten sich die Gewerbe-

und beugen sie dann weiter aus. Heute stehen in Deutschland 74 gewerbliche Schiedsgerichte. Es ist fast freilich wenig, aber doch ein kleiner Anfang. Die Arbeiter haben eine glatte in der Gewerbegebung, die dem betraf, daß die große Menge der gewerblichen Streitigkeiten nicht von eigens zu dem Zweck niedergelegten Gerichten entschieden wurde, tief bebauert und nach Abänderung gebräut. Die heute bestehenden gewerblichen Schiedsgerichte sind leider auch in der Mehrzahl nicht konstituiert wie sie sein sollten, sie liegen zum Teil in der Hand der Behörden. An den Orten, wo man die Besoderungsverhältnisse, die mehr mit der Sache zu thun haben, die praktisch mitgearbeitet, die die Mängel und Bedürfnisse, die Not und das Gend der Arbeiter erfahren und gelöst haben, zur Mitwirkung heranzieht, sind sie besser. Die meisten Arbeiter haben vor mehreren Jahren durch eine Petition an den Magistrat, auf welche aber nie eine Antwort erfolgte, ebenfalls ausgedrückt, daß sie eine solche Institution wünschten und für notwendig halten. Am 29. Juli d. J. ist nun ja hier in Deutschland ein Gesetz, „betreffend die Gewerbegerichte“ geworden. Nun sollte man meinen, es müßte eine allgemeine Zufriedenheit über der gelegeberlichen Lösung dieser Frage herrschen. Das ist aber keineswegs der Fall. Der Arbeiter kann sich damit nicht für befriedigt erklären, da das Gesetz zu viele Mängel enthält. In erster Linie ist das Gesetz nicht obligatorisch und dadurch ist es für den Arbeiter nicht der Gewerbe. Der § 1 bezieht sich auf Einsetzung von gewerblichen Streitigkeiten u. d. d. Gewerbegerichte errichtet werden. Es müßte hier unbedingt heißen „müssen Gewerbegerichte“ errichtet werden. Ferner kommt nach der Fassung des § 2 das Gesetz durchaus nur einem Teile der Arbeiter zu gute und zwar nur dem, auf welchen der Titel VII der Gewerbeordnung Anwendung findet und ferner den Betriebsbeamten, Werkmännern und mit höheren technischen Dienststellungen betrauten Angestellten, deren Jahresarbeitsverdienst ein Lohn oder Gehalt 2000 M. nicht übersteigt. Es ist demnach das Gesetz für einen unendlich großen Teil der Arbeiter überhaupt nicht vorhanden. Nach dem letzten Absatz in § 3 fallen Streitigkeiten über eine Konventionalstrafe, welche für den Fall bezeugen ist, daß der Arbeiter nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses ein solches bei anderen Arbeitgebern eingetret oder ein eigenes Geschäft errichtet, gebührt nicht zur Zuständigkeit der Gewerbegerichte. Der § 5 hingegen bedeutet einen Fortschritt, indem er vorschreibt, daß durch die Zuständigkeit eines Gewerbegerichtes die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte ausgeschlossen ist. Es fallen namentlich bei den beteiligten Arbeitern alle Streitigkeiten über Lohn und Arbeitsverhältnis unter das Gewerbegerichtsgesetz. Bisher und wo Gewerbegerichte noch nicht eingerichtet sind, durch die hohen die hohen Gerichtsinstanzen oftmals zeitverhältnismäßig sehr oft nicht möglich gewesen, ihr Recht zu erreichen. Bei der Besetzung der Kammer ist ein richterlicher Beamter als Vorsitzender vorgesehen. Frauen haben kein Stimmrecht. Wählbar ist nur zu einem Amte, wer das 20. Lebensjahr vollendet, wer im Jahre zuvor keine Armenunterstützung erhalten und derjenige, der mindestens zwei Jahre im Gerichtsbezirk wohnt. Demnach ist ein großer Prozentsatz der Arbeiter von der Mitwirkung bei der Rechtsprechung ausgeschlossen, das gleiche ist der Fall bei der Wahl der Beamten, da nur der wahlberechtigt ist, der das 25. Lebensjahr vollendet und seit mindestens einem Jahre in dem Bezirk des Gewerbegerichtes Wohnort hat. Die Besetzung hat bei anderen schon bestehenden Gewerbegerichten, wo die Altersgrenzen niedriger liegen, bedeutet die Anspaltung an dieses Gesetz einen direkten Rückschritt. Die Gewerbe-Schiedsgerichte in Nürnberg, Frankfurt a. M. und Leipzig, welche freisittlicher Gestalt waren als es das Gesetz vorschreibt, haben jahrelang sehr vorteilhaft und in anerkennenswerter Weise bestanden. In Nürnberg, wo sämtliche Beisitzer der sozialdemokratischen Partei angehören, sah sich der Magistrat veranlaßt, das Schiedsgericht über seine Tätigkeit zu belohigen. Wundern kann uns das nicht, es ist sehr natürlich, diese Leute, da sie aus der Mitte des arbeitenden Volkes sind und die Verhältnisse genau kennen, müssen auch im stande sein, dieselben sachlich und genau abzurufen, wogegen diejenigen, welche die Arbeiterschaft nicht kennen, absolut unfähig sind. Ueber die erprobte Tätigkeit des Leipziger Gewerbe-Schiedsgerichtes ist erwähnt, daß durch Vergleich im Säbnertermin erledigt wurden im Jahre 1887 von 2571 Streitigkeiten 1657, 1888 von 1709 Streitigkeiten 815, 1889 von 2224 Streitigkeiten 1039. Außerdem erledigten sich in anderer Weise (durch Zurücknahme der Klage u. s. w.) von den erwähnten Gewerbe-Streitigkeiten: im Jahre 1887 762, 1888 755, 1889 995. Zur Verhandlung und Entscheidung unter Zuguhie der Beisitzer gelangten: Im Jahre 1887 von 2571 Streitigkeiten 236, im Jahre 1888 von 1709 Streitigkeiten 226, im Jahre 1889 von 2224 Streitigkeiten 386. In den unter Zuguhie der Beisitzer abgehandelten Verhandlungsterminen wurden von den überbliebenen Streitigkeiten beilegt: 1887 durch Vergleich 84, durch Urteil 59, 1888 durch Vergleich 100, durch Urteil 40, 1889 durch Vergleich 129, durch Urteil 66. Die Erledigung dieser Rechtsfälle machte unter Zuguhie der Beisitzer im Jahre 1887 70 Sitzungen nötig, im Jahre 1888 61, im Jahre 1889 96. Ferner arbeitete das Leipziger Gewerbe-Schiedsgericht sehr schnell und billig. Auch wird das Verfahren nach dem Gewerbegerichtsgesetz ein billigeres als bisher vor den Amtsgerichten. Es wird für die Verhandlungen des Rechtsstreites eine einmalige Gebühr nach dem Werte des Streitgegenstandes erhoben. Sie beträgt bei einem Gegenstande im Werte bis 20 M. einschließlich 1 M., von mehr 20 bis 50 M. einschließlich 1.50 M., von mehr 50 bis 100 M. einschließlich 3 M., die ferneren Wertklassen steigen um je 100 M. die Gebühren um 3 M. Die höchste Gebühr beträgt 30 M. Es kommt nun weiter in Betracht die Gewerbegerichte als Einigungsämter. Es erscheint das wie ein Reflex ohne Ringe. Wenn Lohnforderungen vor ein Einigungsamt kommen, werden diejenigen, welche die Macht in Händen haben, sich sehr selten an den Spruch derselben kehren. Wir sehen, daß das Gesetz einer Abänderung bedarf. Wie das Gesetz heute ist, ist es für den Arbeiter beinahe garrnichts wert. Einer der größten Uebelstände ist, daß man die weiblichen Arbeiter an den Wahlen nicht teilnehmen, sie aber produktiv tätig sein läßt. Wir müssen für Verbesserung dieser Zustände unternehmen, wenn, dann kann es besser werden. Jedoch sind wir aber verpflichtet, auch hier in Fall der Einsetzung eines Gewerbegerichts thätig zu sein (Beisitz). Herr Ullrich meint, die Gewerbevergebung sei ein Stück weiterer Sozialreform. Vom Standpunkt der sozialen Frage kann man sie betrachten wie man will. Er ist der Ansicht, wir müssen die soziale Reform unterstützen und verfolgen, um den Arbeiter kampffähig zu machen. Wir müssen über diese Sachen reden, die Arbeiter aufklären, belehren und dafür sorgen, daß dieses nicht erst immer einige Wochen vor den Wahlen in Angriff genommen wird. Er stellt den Antrag: „Die General-Kommission möge Schritte thun zur Einführung eines Gewerbe-Schiedsgerichts in Halle a. S.“ Es wird eine dreigliedrige Kommission gewählt, die einen

der dann einer großen öffentlichen Versammlung, in der die Angelegenheit besprochen werden und zur Beschlußfassung unterbreitet werden soll. Der Beschlußfasser teilt nachdem mit, daß die wegen angeleglicher Jurisdiction gegen das Vereinsgesetz einen gerichtlichen Termin zu erwarten habe. Der Sachverhalt dürfte bekannt sein. Nach Erledigung noch weiterer gesetzlicher Fragen erfolgte gegen 1/12 Uhr Schluß der Sitzung. Es sei hier ganz besonders aufmerksam gemacht, daß in den Sitzungen nicht schriftlich, sondern durch Ansetzen im „Vollblatt“ eingeladen wird. — Sonntag den 9. November tagte im „Röhlen Brunnen“ eine öffentliche Wauereversammlung mit der Tagesordnung: 1. Regelung der Verhältnisse auf dem Lohausen'schen Zume. 2. Wahl der Vertrauensmänner zur General-Kommission. 3. Punkt der Tagesordnung nahmen verschiedene auf dem Lohausen'schen Zume beschäftigte gemene Kollegen das Wort. Sie erläuterten die Urlage des Streiks und die Bedingungen, welche Herr Baurat Lohausen ihnen zugemutet. Da sie auf dieselben nicht hätten eingehen können, mußten sie den Bau verlassen. Die Versammlung billigte einstimmig das Vorgehen der streikenden Kollegen. Eine Klage auf 14 tägige Sühnigung ist bei dem Gewerbe-Schiedsgericht eingeleitet. Eine lebhafte Diskussion entspann sich über die Frage der Unterstützung der betreffenden Kollegen, welche schließlich durch folgen vom Kollegen Streicher gestellten und einstimmig zum Beschluß erhobenen Antrag erledigt wurde: Die Kollegen kommen je 15 M. pro Woche die ersten 14 Tage. Sollte die Klage zu ihren Gunsten ausfallen, zöhlen selbige die erhaltene Unterstützung zurück, andernfalls beschließt eine öffentliche Versammlung die weiteren Maßnahmen.“ — Nach dem zum 2. Punkt der Tagesordnung verlesene Kollegen gesprochen und auf die Wichtigkeit der Kammer als Vertrauensmänner aufmerksam gemacht hatten, wurden die Kollegen Wed, Preuß und Drunt gewählt. Kollege Seifert kritisierte nun den „General-Anzeiger“. Derselbe geriet sich immer als unparteiisch, diene dabei aber nur dem Kapital und warte darauf, den Arbeitern ein auszusprechen. Ein solches Blatt dürfe kein Arbeiter unterstützen; nur das „Vollblatt“ vertrete die Interessen des Arbeiters und daselbe dürfe in keiner Arbeiter-Familie fehlen. Nachdem die Kollegen noch erwähnt worden waren, setzt zur Organisation zu stehen, erfolgte der Schluß der Versammlung.

Rath und Fern.

Merseburg. Der freisinnige Vorstand des hiesigen Konsumvereins hat in aller Stille den seit langer Zeit drohenden Bankrott dieses Vereins angelegt, da die Passiven die Aktiven um 10.000 M. übersteigen. Der Vorstand des Konsumvereins, der gleichzeitig Vorstand des Vorshupvereins ist, soll an Gerichtsstelle Versicherungen gethan haben, welche gewissen hier kursierenden Vermutungen neue Nahrung zuführen und deshalb der Aufklärung bedürfen. Es soll nämlich seitens des Vorstandes von Unregelmäßigkeiten — um nicht von Schlimmeren zu reden — gesprochen und die Neuzinsen durch eigentümliche Manipulationen des Passiviers stets getäuscht worden sein. Die Geschädigten haben vorläufig einen Zahlungsbefehl von 35 M. erhalten. Der Kassierer Beyer hat seine 35 M. von Halle aus mit der Bemerkung geschickt, daß die Summe nicht von dem unterschlagenen Gelde herröhrt (?). Es ist eine Kommission von 5 Mitglieder gewählt worden, welche der Sache auf den Grund gehen soll und das Weitere zu veranlassen hat. Eigentümlich berührt es, daß die hiesigen Klatschblätter, die sonst je Kleinigkeit brühaunam als Neuigkeit aufstehen, diese Sache mit keiner Silbe erwähnen. Jedenfalls hat die freisinnige Gründung mit ihrer freisinnigen Wirtschaft grimig Fiasko gemacht.

Leipzig. Der bekannte nationalliberale Muster-Patriot Sparg, welcher wegen seiner Wahlmandatschaften sich einen der — ähnten Namen im deutschen Vaterlande gemacht hat, hat jetzt Bankrott gemacht. Wir sind begierig, ob diesen verdienten Patrioten die Nationalliberalen so mir und dir nichts fallen lassen werden. Verdient hat er's nicht um sie, aber — in den Reihen der Nationalliberalen herrscht bekanntlich öde Leere.

Stadttheater zu Halle a. S.

Donnerstag den 13. November.
(Farbe: blau.)
Maria Stuart.
Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich v. Schiller.
Freitag den 14. November 1890.
62. Vorstellung. — 52. Abonnement-Vorstellung.
(Farbe: gelb.)
Anfang 7 1/2 Uhr. — Ende 10 Uhr.
Figaros Hochzeit.
Komische Oper in 4 Akten von W. A. Mozart.
Personen:
Frau Amadoba . . . Leopold Demuth.
Die Gräfin, seine Gemahlin . . . Bertha Probst.
Figaro, Kammerdiener des Grafen . . . Hans Keller.
Susanna, seine Braut . . . Alice Rothmann.
Bertin, Rabe des Grafen . . . Luise Gottschardt.
Marzeline, Aufwärterin im Schloße . . . Clara Kaminski.
Bartholo, Krt . . . Franz Krieg.
Dassio, Musikmeister . . . Karl Brinmann.
Don Gusmano . . . August Zimmermann.
Antonio, Gärtner im Schloße und Onkel der Susanna . . . Edmund Dof.
Bärden, seine Tochter . . . Willy Dordach.
Bauern und Bäuerinnen, Bediente, Jäger.
Nach dem 2. Akt findet eine größere Pause statt.
Sonntag den 16. November (außer Abonnement).
Zum ersten Mal:
Holländer Festball.
Ballet-Diversifement in 1 Akt nebst einem Vorspiel von Jean Colnelli.
Hieraus: Donna Diana. Aufspiel.



Standesamtliche Nachrichten.

Halle, 12. November.

Aufgeboren: Der Kammacher Karl Gorgas und Alwine Heinde Schillerstraße 27 und Darg 45). Der Schlächtermeister Karl Ertel und Friederike Bepfermann (Weißswald und Barhoff).

Geboren: Dem Handarbeiter Hermann Koss ein S., Hermann (Höllbergweg 14). Dem Anatomie-Diener Wilhelm Moriz eine T., Clara Ernestine Martha (Gr. Steinstraße 35). Dem Eisenbahn-Bureau-Affistent Karl Walter eine T., Gen-

riette Gertrud (Medelstraße 5). Dem Maschinenführer Otto Höpfer ein S., Paul Fritz (Unterberg 4/5). Dem Tischlermeister Friedrich Baumgart Zwillinge, S. Alfred Kurt und L. Frieda Clara (Unterplan 5a). Dem Tapezierer Karl Joppel ein S., Billy Karl (Geißstraße 63). Dem Kaufmann Ernst Bernhardt ein S., Max Paul (Gerbergasse 7). Dem Schuhmachereimer Hermann Wolf ein S., Bili, Hermann (Wahl-gasse 2). Dem Hofmeister Friedrich Dörhöd ein S., Ernst Friedrich (Töpferplan 3). Dem Sattler Karl Rohmann eine T., Pauline Marie Luise (Anhalterstraße 2a). Dem Eisenbahnbetriebs-Sekretär Wilhelm Pimpis eine T., Mathilde Elisabeth Martha Gertrud (Forsterstraße 26). Dem Tischlermeister

Paul Mann ein S., Franz Joseph Richard (Leffingstraße 34). Dem Fleischer Gustav Dostian eine T., Maria Helene (Mühl-graben 6). Dem Maurer Joseph Franz eine T., Gertrude Erdmuth Josephine (Freudenplan 7). Dem Wächter Heinrich Berndt ein S., Heinrich Otto (Martinsgasse 17). Dem Hand-arbeiter Eduard Kibel ein S., Arthur Franz (N. d. Glauch-str. 4). 2 ungel. S. **Gestorben:** Des verstorbenen Dachdecker Joseph Hamann S. Franz, 8 J. (Fleischergasse 6). Des Handarbeiters Karl Richter S. Paul, 2 J. (Langestraße 22).

Freitag den 14. November abends 8¹/₂ Uhr

öffentliche Former-Versammlung
im „Schloß Babelsberg“, Friedrichstraße 22.

Tagesordnung: 1. Bericht der Gewerkschafts-Konferenz. — 2. Wahl eines Vertrauensmannes zur Gewerkschafts-Konferenz zu Berlin. — 3. Berichtedenes. Der Einberufer.



Giebichensteiner Turnverein.
Sonntag den 16. November abends 8 Uhr in der „Saal-/Schloßbrauerei“
Unterhaltungs-Abend

zum Besten eines Turnhallenbaufonds
(unter Mitwirkung der Giebichensteiner Liedertafel).

Reichhaltiges Programm. Eintritt 30 Pf. Der Vorstand.
In zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein
Billets im Vorverkauf sind bei Herr: Uhrmacher Franz, Burgstraße, zu haben.



Bölkes Restaurant

Kurzgasse 1.

Heute Freitag den 14. November

Schiachtestest.

Früh vor 9 Uhr: Weißfleisch, abends: diverse Wurst und Suppe.
Hierzu ladet ergebenst ein
C. Niemann.

Halle'sche

Konkurrenz-Gesellschaft

Größtes Spezialgeschäft

für fertige Herren- und Knaben-Bekleidung
Leipzigerstraße 5, eine Treppe hoch,

offert:

Preis-Liste:

Winter-Paletots, Floconné, Klase, Diagonal	von 10—22 Pf. an
Winter-Paletots, prima Qualität, mit bestem Wollfutter	„ 20—30 „ „
Winter-Paletots, prima Qualität, mit feinstem Seidenfutter	„ 24—36 „ „
Schulmuff in den neuesten Modestoffen	„ 18—30 „ „
Kafermäntel, Diagonal- und Vodenstoffe	„ 10—16 „ „
Winter-Jackets in gleichen Stoffen wie die Paletots	„ 5—9 „ „
Voden-Joppen ohne und mit Wollfutter	„ 5—10 „ „
Herbst-Anzüge, solide Stoffe und gute Arbeit	„ 11—20 „ „
Budstin-Anzüge, das Beste der Saison	„ 12—25 „ „
Hochelegante Anzüge in englischen und französischen Stoffen	„ 14—30 „ „
Gebrod-Anzüge, Kammgarn, Diagonal	„ 20—36 „ „
Einzelne Budstin-Volen, Wadenmüch, elegant sitzend	„ 2 ¹ / ₂ —6 „ „
Knaben-Paletots mit und ohne Besaz	„ 3—6 „ „
Knaben-Kafermäntel	„ 3—5 „ „
Budstin-Knaben-Anzüge glatt und mit Falten	„ 3—7 „ „
Einzelstücke mit bestem Besaz und Korbel	„ 9—20 „ „
Arbeiter-Anzüge, Raffinett, Doppelzwirn, mit und ohne Wollfutter	„ 5—8 „ „
Gute dauerhafte Arbeitshosen	„ 1 ¹ / ₄ „ „
Raffinett-, Zwirn- und Deutschlederhosen	„ 2 „ „
Prima Hamburger Lederhosen	„ 4 „ „
Weiße Bique-Westen, seidene Westen, Hohenpollern-Mäntel, Fracks in großer Auswahl zu billigen Preisen.	

Hilfslappen werden bei jedem Stück gratis verabfolgt.

Wir unterhalten am hiesigen Platze kein zweites Geschäft, er-zuchen das geehrte Publikum, um Verwechslungen zu vermeiden, genau auf Firma und Nummer zu achten.

Grundprinzip der Konkurrenz-Gesellschaft:

- 1) Wegen Ersparrung teurer Bodenmiete außergewöhnlich billige Preise.
- 2) Größte Auswahl, neueste Mode, in allen Größen und Weiten.
- 3) Durch Zeitungsbekannter Zuschneder alle Facens und schöner Schnitt.
- 4) Großer Umsatz mit den kleinsten Ausgaben.

Einzel-Verkauf zu wicklichen Fabrik-Preisen.

Um das geehrte Publikum vor Ueberbortierung zu warnen, ist auf jedem einzelnen Stück Ware der billige Verkaufspreis in deutlich erkennbaren roten Zahlen und Druckchrift verzeichnet, und kann ein Abzug, in welcher Form derselbe auch verlangt werden sollte, nicht stattfinden.

Halle'sche Konkurrenz-Gesellschaft

in Fa.: Mayer & Co., Halle,

Größtes Spezial-Geschäft für fertige Herren- und Knaben-Bekleidung,

5 Leipz.-Str. 5 eine Treppe hoch 5 Leipz.-Str. 5
Für Wiederverkäufer günstiger Gelegenheitskauf.

Durch die Verhältnisse sind wir gezwungen!

Redaktion von Rich. Ritzig, Verlag von Aug. Grotz, Druck von Bernthn. & Comp., sämtlich in Halle a. S.

Aufgepaßt.

Alle diejenigen, welche sich bei der Gründung einer **Genossenschafts-Buchdruckerei**

am hiesigen Platze, für deren Existenz sichere Unterlagen vorhanden sind, zu beteiligen wünschen, werden ersucht, ihre Adressen in der Expedition des „Volksblattes“ sub „Genossenschafts-Buchdruckerei“ abzugeben.

Auskunft über alle Fragen betreffend die Kranken-, Invaliditäts- und Altersversicherung.

Mit heutigem Tage eröffne ich hier, großer Berlin 5, p., ein Auskunftsbureau zu obigem Zweck.

Sprechstunden: 10—2 und 6—7 Uhr.

E. Laegel, Krautentassen-Mendant.

Trikot-Tailien.

Neuer Preis-Kourant.

Glatt Prima Winter-Ware, schwere Qualitäten.

A	B	C	D	E	F	G	H
1.75	2.25	3.00	3.50	4.00	4.50	5.00	5.75

Prima 6.00. Extra Prima 8.25.

Grosce Auswahl besetzter Tailien.

Ph. Liebenthal & Co., Halle a. S.

Leipzigerstr. 103, im Hause des Herrn Bruno Freytag

B. Brechts Restaurant

2349 Jentgergasse 5.

Freitag den 14. November: Schiachtestest.

Die neu eröffnete

Restauration u. Speisewirtschaft

Delitzscherstraße 8

empfeilt ihre Delikatessen zur gefäll. Benützung.

2350 Hochachtungsvoll

Wilh. Rienecker.

Hochfeine 4-, 5- u. 6-Pf.-Zigarren

empfeilt W. Zachau, Albrechtstr. 17.

Cösliner Sahnenbutter,

täglich frisch p. Stück 65 Pf.

ff. Schweizerkäse, eist Vimburger und

Garstlke,

roh und gebrannte Kaffer's

in allen Preislagen,

feinste Gemüse-Konferden,

Pfeffer- und Senfgurten, Preiselbeeren,

Ringäpfel, Fräncken

empfeilt billigst

2357 **F. A. Hollmig,**

Bernburgerstr. 22.

Heringe,

beste Marke, empfiehlt in Schoden u. einzeln

billigst, marinierte Heringe p. Stück 10 Pf.

12 Stück 1 Mt. 2358

W. Zachau, Albrechtstr. 17.

Gebr. Korn

das Pf. für 25 Pf., empfiehlt 2342

W. Dudenbostel,

Ecke der Breite- und Laurentiusstraße.

Reines Roggenbrot,

groß und kräftig, empfiehlt 2332

C. Gleissenring, H. Albrechtstr. 4.

Allen Freunden und Genossen empfiehlt sich

zur Bouquet- und Kranzbindelei 2326

Richard Breetz und Frau,

Georgstraße 3.

Frau A. Greve

Spezialistin für

Massage und Krankenpflege

Rannischerstr. 6 II.

E. Bernstein jun.

Leipzigerstr. 6

empfeilt:

Elegante Paletots von 10 M.

Elegante Anzüge von 13 „

Stoffhosen von 4 „

Knaben-Anzüge von 3 „

Arbeiter-Garderoben

in allen Preislagen, sowie sämtliche

Herren- u. Knabengarderoben

von der billigsten bis zur feinsten Qualität

zu den allerbilligsten Preisen.

Ziegen-, Hasen- und Kaninchen-Felle

tauft fortwährend zu höchsten Preisen

Joh. Bernhardt, Gerberg. 7.

== Brot ==

aus garantiert reinem Roggenmehl emp-

fehlen die Bäckerei R. Lehmann,

Liebenauerstraße. 2187

Dieselbst wird ein Verfrcht unter günstigen

Bedingungen angenommen.

Gut erhaltener Kinderwagen

billig zu verkaufen Albrechtstr. 17 im Laden.

Eine sich eignende Person zum Frühstük-

tragen wird gesucht in der Bäckerei 2351

Wilh. Rienecker, Delitzscherstr. 8